

Änderungsantrag ÄA1 zum A-1

Jusos Leipzig

- 1 Ersetze Zeile 1-93 durch:
- 2 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen möge beschließen und an den Landesparteitag der SPD Sachsen
3 weiterleiten:
- 4 Die sächsischen Städte wachsen und die Mieten steigen. Wir wollen uns wehren gegen die einsetzende Verdrängung
5 von Bevölkerungsgruppen und die damit einhergehende Angst vieler, sich die eigenen vier Wände und das vertraute
6 Umfeld bald nicht mehr leisten zu können. Während die CDU auf der Seite der Vermieter*innen und der Wohnungs-
7 wirtschaft steht, stehen wir fest an der Seite dieser Menschen und lassen unsere Städte nicht allein im Kampf um be-
8 zahlbares Wohnen. Deshalb nehmen wir uns die folgenden Maßnahmen vor, um auch in Sachsen endlich eine gerechte
9 Wohnungspolitik umsetzen zu können.
- 10 1. Wir verbessern die Förderbedingungen für belegungsgebundenen Mietwohnraum und erhöhen die Zahl der zu
11 errichtenden Sozialwohnungen. Zudem verlängern wir die Mietpreis- und Belegungsbindung auf 25 Jahre. So
12 soll Sachsen perspektivisch über einen stabilen Bestand von 25.000 Sozialwohnungen verfügen und diesen lang-
13 fristig halten. Gleichzeitig öffnen wir die Förderung von sozialem Wohnungsbau für Haushalte mit kleinem und
14 mittlerem Einkommen, wenn sie Schwierigkeiten haben in dem angespannten Wohnungsmarkt eine passende
15 bezahlbare Wohnung zu bekommen. Der Bestand von sozialgefördertem barrierefreien Wohnraum soll wach-
16 sen. Kurzfristig brauchen wir zudem ein Sofortprogramm, um die angespannte Situation vor allem in Leipzig und
17 Dresden aufzulösen und bis 2030 jeweils 10.000 Sozialwohnungen in diese Städten zu errichten.
 - 18 2. Wir dämpfen Mieterhöhungen bei der Neuvermietung und aktivieren die Mietpreisbremse in unseren Städten.
19 Wir fordern das sächsische Innenministerium auf, endlich die Realität der angespannten Wohnungsmärkte in
20 den Ballungsräumen Leipzig und Dresden anzuerkennen und die neue Mietpreisbremse noch in dieser Legisla-
21 turperiode zum Einsatz zu bringen.
 - 22 3. Wir wollen eine deutliche Verschärfung der Mietpreisbremse, so dass Neuvermietungen über den Mietspiegel in
23 Zukunft generell verboten oder zumindest rechtfertigungsbedürftig sind.
 - 24 4. Wir wollen, dass es auch in Sachsen einen Mietendeckel gibt, wie er in Berlin derzeit erarbeitet und diskutiert wird.
25 Dafür regen wir einen engen Austausch mit der SPD Berlin an. Der Staat soll sich die Enteignung von Wohnraum
26 offen halten und die organisatorischen und rechtlichen Grundlagen dafür legen.
 - 27 5. Wir setzen uns aktiv gegen die Zweckentfremdung von Wohnungen ein, die zu Ferienwohnungen umgewandelt
28 werden oder als Spekulationsobjekte leer stehen. Deshalb sprechen wir uns für ein Zweckentfremdungsverbot
29 und die Einführung der Zweckentfremdung als Ordnungswidrigkeit aus.
 - 30 6. Wir fördern besonders kommunales und genossenschaftliches Wohnen in unseren Städten und richten die För-
31 derpolitik so aus, dass vor allem Kommunale Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften profitieren,
32 die neue bezahlbare Wohnungen in unseren Städten schaffen und langfristig erhalten. Dafür fördern wir auch
33 die Gründung neuer kommunaler Wohnungsunternehmen und Wohnungsbaugenossenschaften. Wir wollen die
34 Wiedereinführung der Wohnungsgemeinnützigkeit im Steuerrecht, damit gemeinnützige Wohnungsunterneh-
35 men, insb. Genossenschaften und kommunale Unternehmen steuerlich gegenüber gierigen Kapitalisten auf dem
36 Wohnungsmarkt privilegiert sind.
 - 37 7. Wir stoppen den Verkauf von Grundstücken des Freistaates in den Städten und setzen uns dafür ein, dass sie
38 für den Bau von bezahlbaren Wohnungen zu Verfügung gestellt werden. Wir wollen zudem, dass auch in den
39 Städten keine Grundstücke mehr verkauft werden und die Städte in einer strategischen Liegenschaftspolitik mit
40 Vorkaufsrechten und Enteignungen Zugriff auf mehr Grundstücke erhalten.
 - 41 8. Wir sichern die Handlungsfähigkeit des Staates im Umgang mit bauunwilligen Investoren. Das durchzusetzen,
42 können sich unsere Städte aber oft nicht leisten. Deshalb stellen wir ein Notfallbudget bereit, um unsere Städte
43 bei Durchsetzungs- und Enteignungsverfahren finanziell zu unterstützen.
 - 44 9. Wir senken Baukosten und überprüfen die Anforderungen der sächsischen Bauordnung an Wohngebäude. Wir
45 haben bereits die Stellplatzpflicht abgeschafft. In einem nächsten Schritt sollen die Gemeinden die Möglichkeit
46 bekommen, die Errichtung von Stellplätzen zu verbieten und so insb. kostentreibende Tiefgaragen im Neubau zu
47 verhindern. Auch Bau- und Wohnformen mit geringeren Kosten, wie z.B. Tiny-Houses oder kooperative Wohnfor-
48 men, wollen wir in den Kommunen und im Land stärker unterstützen.
 - 49 10. Wir steigern die Förderung der sächsischen Studierendenwerke zielgerichtet weiter, damit diese in die Sanie-
50 rung und insbesondere den Neubau von Studierendenwohnheimen investieren können. Dies trägt zur Entlastung
51 des herkömmlichen Mietwohnungsmarktes bei. Weiterhin wollen wir aber auch kommunale Azubi-Wohnheime
52 nach dem Vorbild der Stadt München fördern.

- 53 11. Wir wollen den Zuzugs-Druck auf die großen Städte verringern, indem wir Anreize für eine bessere Kooperation
54 zwischen Stadt und Umland fördern. Das betrifft eine bessere Zusammenarbeit in den Bereichen ÖPNV, Wohn-
55 raumförderung (Beratung), Energieversorgung, schnelles Internet, u.a. Dadurch soll es für Menschen unterschied-
56 licher sozialer Herkunft einfacher sein, im Umland zu leben, obwohl sie bspw. eine Arbeitsstelle in der Großstadt
57 haben.